

Der Kulturkampf gegen die Orthodoxen und die Stöckerfrage.

Unser Berliner Correspondent schreibt: Die Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses begann mit einer sehr interessanten Rede des Abg. von Bennigsen über die Wirren der lutherischen Kirche Hannovers, wo unter dem Vorsitz des Abg. Brühl Landesconsistorium und Synodalvorstand in fanatischer Feindschaft gegen das preussische Staatswesen ein weltlich-hochorthodoxes Kirchenregiment führen, und in der Auffassung der Union als einer Haß verdienenden preussischen Einrichtung alle freisinnigeren Geistlichen von Hannover fern zu halten suchen. Die Dsnabrücker Vorläufer mit dem gemäßigten Pastor Regula und dem als nicht rechthabig abgewiesenen Stadtvicar Wesenmeyer boten den besonderen Anlaß zur Darstellung dieser Dinge. Leider haben die hannoverschen Liberalen unter Führung des Herrn von Bennigsen sich diese Synodalordnung in schweren politischen Kämpfen selbst erstritten, um nun durch sie das intoleranteste weltliche Pfaffensthum zur Macht gebracht zu sehen, ohne anders als durch Einwirkung der Staatsregierung auf Abhilfe hoffen zu können. Leider haben dieselben Herren als preussische Abgeordnete eine ähnliche, die Kirche der Orthodoxie dauernd überliefernde Synodalordnung für die alten Provinzen zu Stande bringen helfen. Die weltlichen Centrumsänner Brühl und Windthorst replicirten scharf und der unermüdliche Abg. Stroffer trat in seiner plumpen Verehrbarkeit für die Herrschaft der Strenggläubigkeit in der Kirche ein, der Minister von Puttkamer aber versuchte das „lautere christliche Bekenntniß“ im hannoverschen Kirchenregiment zu stärken und gleichzeitig seine weltlichen Bestrebungen zu verurtheilen, — was beides schlecht mit einander vereinbar ist. — Hierauf kam bezeichnender Weise bei Capitel 113, Titel 1 des Stats (925,186 Mark Besoldungen und Zuschüsse der evangelischen Geistlichen und Kirchen der alten Provinzen) Herr Stöcker zu Wort, um dem (wie der Abg. Strube unwidersprochen verrieth) recht starken Druck seiner politischen Freunde nachgebend seine Grundleiste unter rebocirendem Vorbehalt „auf den Tisch des Hauses“ niederzulegen. Sein Freund und Bundesgenosse Ludwig Kläre nachher das Abgeordnetenhaus darüber auf, daß sowohl die Liste der „Landesk.“, als auch die jetzige Herrn Glagau zum Verfasser hätten. Herr Stöcker mußte 19 (mehr als 1/4 von 75) Namen finden; da er von der Landeszeitungsliste zwei inzwischen verstorbene hochangesehene conservativ-Männer (Conrad und Wellgoh) aufzunehmen Anstand nahm, so waren auch die neulich von Nichter behandelten vermeintlichen „Gründer“ incl. des Dr. Werner Siemens nicht zu entbehren. So hat denn das Trifolium Stöcker-Glagau-Ludwig das schwere Werk zu Stande gebracht. Freilich, wenn man von 75 Personen, unter denen neun Aeltere der Kaufmannschaft und acht Commerzien-Räthe sind, als „Regentänger um das goldene Kalb“ schon alle Diejenigen verdächtigt, die als Ausschüß-Räthe oder Directoren von Societäten fungirt haben, deren juristische Form die der Actiengesellschaft oder Commanditgesellschaft auf Actien ist, da lassen sich dreiste Behauptungen genug hinstellen. Der kaum ehrenvoll zu nennende Rückzug des Herrn Hosprediger gewann durch die unterstützende Rede des Herrn von Ludwig noch besonderen Glanz. Herr v. Ludwig ist zwar längst von der Centrumsfraction in die Wildniß verfloßen; dennoch tritt die clericale Partei durch die gesammte Priesterschaft des katholischen Wahlkreises alle Mal für die Wiederwahl dieses Mannes ein, bei dem seine Schwärze auf die Worte Glagau's mit seiner Lust zur schmähtlichsten Verdächtigung jedes Gegners schon seit Jahren im Abgeordnetenhaus wie im Reichstage Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit wachgerufen hat.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. December. 11 Uhr. Am Ministerium von Puttkamer und Commisariaten. Eingegangen sind die Gesetzentwürfe, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Osnabrück und betreffend die Beilegung des Staates bei dem Bau einer Eisenbahn von Rhinisch nach Scharf, von Osnabrück nach Neisse mit Abzweigung von Schiedlow nach Grottau und von Kreuzburg über Lublin nach Tarnowitz. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erbittet Abg. v. Ludwig das Wort zur Geschäftsordnung: Es ist Ihnen Allen bekannt, daß bei Gelegenheit der Jubeldebatten eine Grundleiste zur Sprache gekommen ist. Ich bin bei dieser Sache engagirt, weil der Abg. Nichter am 3. December auf meine Rede einging. . . . (Glocke des Präsidenten). Präsident v. Köller: Herr von Ludwig, wenn Sie auf den Vorfall zurückkommen wollen, so ist jetzt nicht der Moment dazu. Wenn Sie das Wort vor der Tagesordnung wünschen, dann hätte ich voraussetzen können, daß Sie sich darüber mit mir verständigen. (Hört! Hört!) So bin ich nicht im Stande, zu beurtheilen, ob der Fall dazu angethan ist, Ihnen das Wort vor der Tagesordnung zu geben. Ich bitte Sie also, zu dieser Sache nicht weiter zu sprechen. Abg. von Ludwig: Ich habe geglaubt, daß ich das Recht habe, den Herrn Präsidenten hier öffentlich zu bitten, mir das Wort vor der Tagesordnung zu gestatten und dann meine persönliche Bemerkung zu machen. Präsident: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung, ich kann jetzt nicht zur persönlichen Bemerkung das Wort geben. Abg. von Ludwig: Dann werde ich den Herrn Präsidenten morgen darum bitten. Die zweite Beratung des Stats des Cultusministeriums wird fortgesetzt mit Kap. 112: Evangelische Consistorien. Abg. v. Bennigsen: Ich habe zwei Fälle aus dem Bereich des hannoverschen Landesconsistoriums hier vorzubringen, die in Dsnabrück passiert sind und weit über das Reichthum dieser Stadt hinaus Aussehen und großes Aergerniß erregt haben. Der eine Fall betrifft ein gegen einen Pfarrer an der Marienkirche eingeleitetes Disciplinarverfahren. In der Provinz Hannover ist der Entwurf eines Gesetzbuchs für die lutherischen Gemeinden auf Veranlassung des Landesconsistoriums ausgearbeitet, der seit geraumer Zeit den Bezirksynoden zur Begutachtung vorliegt, aus der zu Dsnabrück. Dieses Gesetzbuch ist bestimmt, durch freiwillige Einführung in den einzelnen Gemeinden an die Stelle der großen Zahl in der Provinz im Gebrauch befindlichen Gesetzbücher zu treten. Bei der Erörterung über Inhalt und Form der Bücher hatte der Pfarrer Regula geäußert, daß die Ausdrucksweise in manchen Stellen ihm nicht mit den Ansprüchen des Evangeliums selbst übereinstimmen könne und sich zu sehr an die Formulirung einzelner Glaubenssätze anknüpfte, so daß sie in dieser Form für die Gemeinden nicht faßbar sei. Da unterbrach ihn ein hervorragendes Mitglied des Landesconsistoriums mit der Frage, ob er damit nicht das Bekenntniß angegriffen habe. Kein anderes Mitglied theilte diese Auffassung und der Pfarrer Regula fuhr in seinen Erörterungen fort. Darauf wurde gegen ihn durchs Landesconsistorium eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet, als ob er sich gegen das Bekenntniß der lutherischen Kirche vergangen hätte. Den Fall zu untersuchen, sind wir nicht competent. Die Beschwerde beruht wesentlich darin, daß das Landesconsistorium mit der Führung der Untersuchung nicht die competente Behörde, das evangelische Consistorium der Stadt Dsnabrück, die nicht nur Patronats-, sondern auch Consistorialrechte

hat, sondern das Provinzialconsistorium in der Stadt Hannover beauftragt hat. Das in Dsnabrück hat sich nun in seiner Beschwerde an den Minister darüber beklagt und gebeten, dem Verfahren Einhalt zu thun. Allerdings ist das Landesconsistorium nach einer Verordnung aus dem Jahre 1866 unter Umständen befugt eine Disciplinaruntersuchung einem Consistorium abzunehmen und einem anderen zu übertragen. In diesem Falle hat es die Uebertragung darauf gestützt, daß das Consistorium in Dsnabrück befangen sei, da der Pfarrer Regula ein College der Mitglieder desselben sei. Das ist insofern formell nicht ganz richtig, als der Regula nicht in der Stadt Dsnabrück zum Consistorium gehört. Er ist allerdings angestellt in einer Kirche, an der auch andere Geistliche angestellt sind, von denen einer oder zwei Mitglieder des Consistoriums sind. Nun beruft sich in der Einladung das Stadtconsistorium darauf, daß seit Jahrhunderten und in neuerer Zeit in den 50er und 60er Jahren gerade ein Theil seiner wesentlichen Rechte in der Disciplinargewalt über die Geistlichen des Bezirks und die eigenen Mitglieder des Consistoriums bestanden. Viel wird aus der Sache nicht herauskommen, außer Aufsehen und Aergerniß. Die Verfügung des Ministers ist angeblich noch nicht erlassen. Gegen Rechtsverletzungen und Vergeßlichkeit hat der Pfarrer R. die Rechtsmittel in dem Gesetz von 1873, betreffend die Einsetzung des Kirchengerichtshofes und wird außerdem eine Stütze gegen Uebergriffe in der obernachstehenden Gewalt des Ministers, da ja die oberbischöflichen Rechte auch trotz der größeren Selbstständigkeit der hannoverschen Kirche in der Verordnung des Consistoriums ausdrücklich vorbehalten sind. Eben diese Verordnung gewährt ihm in der höheren Instanz einen Schutz, da die Disciplinargewalt nur unter Zustimmung des Gerichts geschehen darf. Von viel größerer Bedeutung ist aber noch der zweite Fall des Stadtvicar Wesenmeyer aus Mannheim, der von der Gemeinde der Catharinenkirche in Dsnabrück widerspruchslos gewählt, von dem Landesconsistorium in Hannover nicht bestätigt worden ist: in Folge eines Colloquiums hat es ihn für nicht rechthabig erklärt. Dabei wirkten fünf Mitglieder desselben, und sechs Mitglieder des Synodalausschusses, drei geistliche und drei weltliche; sein Vorsitzender ist der Abg. Brühl. Nach einer Bestimmung der Kirchen- und Synodalordnung von 1864 scheint gegen eine in letzter Instanz unter Mitwirkung des Synodalausschusses ergangene Entscheidung über das Nichtvorhandensein von Rechthabigkeit eine Instanz beim Minister nicht mehr gefunden werden zu können. Aber dieser Mangel an Rechthabigkeit war nicht der alleinige Grund der Nichtbestätigung. Ein Protokoll über das Colloquium liegt nicht vor. Aus Wesenmeyer's eigenen Mittheilungen weiß man nur, daß der Einspruch des Landesconsistoriums sich auf Aeußerungen über Lehren bezog, in Betreff deren er sich ausdrücklich auf seine Uebereinstimmung mit den angesehensten Professoren, die auf positivem Boden stehen, berufen hat. Zurückgewiesen ist er, weil er Geistlicher innerhalb der badisch-unirten Kirche ist. Er ist lutherisch geboren und erzogen, bekennt sich selbst als lutherisch und ist bereit, die Dsnabrücker Predigerordnung zu unterschreiben und seine Pfarre danach zu verwalten. Trotzdem wurde er zurückgewiesen, weil nach der Verfassung der badischen Union die eigentlich lutherische Lehre sich deshalb nicht vollständig „auswirken“ könne, wie es in dem Schreiben des Consistoriums an den Magistrat von Dsnabrück heißt, weil es nach der Verfassung der badisch-unirten Kirche den Geistlichen nicht erlaubt ist, die Reformirten zu verdammen. (Hört! Hört!) Das ist in der heutigen Zeit, wo die evangelischen Glaubensgenossen auf ein friedliches Verhältniß mehr als zu irgend einer anderen Zeit angewiesen sind, eine solche Ungeheuerlichkeit, daß ich kaum verlangen kann, daß Sie mir das ohne Weiteres glauben. (Der Redner berief sich betr. Stelle aus dem Schreiben des Landesconsistoriums an den Magistrat zu Dsnabrück: „Der B. steht im geistlichen Amt der unirten badischen Landeskirche, während er doch mit Unterschrift der Dsnabrücker Predigerordnung auf das volle lutherische Bekenntniß verpflichtet werden würde. Der Bekenntnißstand der badischen Landeskirche ist der einer auch in der Lehre vollzogenen Union zwischen der lutherischen und der reformirten Kirche. Daraus folgt, daß sich in derselben das lutherische Bekenntniß nicht mehr völlig auswirken kann, wie denn auch die oberste Behörde der genannten Kirche in einer Entscheidung ausdrücklich erklärt hat, aus dem Unionscharakter der badischen Kirche folge mit Nothwendigkeit, daß es einem Geistlichen derselben nicht gestattet sei, das specifische Bekenntniß der lutherischen Kirche als das allein wahre zu präbigen. Der Stadtvicar B. mußte dies in der Besprechung selbst zugeben; denn wenn er auch behauptete, die badische Kirche verwehre es einem Geistlichen nicht, die lutherische Lehre in ihrer vollen Konsequenz zu predigen, so mußte er aber doch einräumen, daß das et improbat secus docentes im X. Artikel der unveränderten Augsburger Confession, auf welche er in Dsnabrück zu verpflichten sein würde, in der badischen Kirche beseitigt sei.“) Ich hätte das Alles trotz des Drängens meiner Freunde und angegebener Männer aus Dsnabrück nicht zur Sprache gebracht, wenn die Bedeutung dieser Vorgänge nicht weit über den Bezirk von Dsnabrück hinausreichte und einen sehr bedeutsamen politischen Hintergrund hätte. Mehrfache Vorfälle haben sich auch in Berlin abgespielt, doch hat der Pfarrer Werner nach bekannten Vorgängen nicht Lust gehabt, sich ebenfalls einem Colloquium auszuweisen. Mancher in diesem Saale, und namentlich auf der conservativen Seite, der strengeren Anschauungen auf kirchlichem Gebiete huldigt, wird denken: das ist kein Unglück, daß solche Männer zurückgewiesen werden vom Lehramt in Berlin. Persönlich bin ich zwar anderer Meinung, daß ein Mann nach den Erfahrungen, die man in Guben mit ihm gemacht hat, aller Wahrscheinlichkeit nach sehr wohl im Stande gewesen wäre, in Berlin Hunderte und Tausende der Kirche und dem kirchlichen Leben wieder zu gewinnen, was ihm jetzt abgeschnitten ist, und weil ich auch der Meinung bin, daß es niemals gelingen wird, alle einer freien Richtung Angehörigen vom kirchlichen Lehramt auszuschließen, und es ein offener Widerspruch ist, einem Manne Schwierigkeiten zu machen, in Berlin in ein Pfarramt einzutreten, der in Guben ganz ungehört im Besitze der pfarramtlichen Thätigkeit ist, und weil diese Schwierigkeiten vom Oberkirchenrathe gemacht wurden, nachdem das Provinzialconsistorium sich bei den Erklärungen des Gubener Pfarrers vollkommen beruhigt hat, so daß der sehr gemäßigte Theologe Professor Benschlag in Halle in der „Magdeburger Zeitung“ hat schreiben können: wenn solche Dinge in der evangelischen Kirche Preußens möglich sind, dann müsse eine immer größere Verwirrung der Gemüther darüber entstehen, wer denn eigentlich zum Pfarr- und Lehramt zugelassen sei, wenn das eine Consistorium den Mann zuläßt, der Oberkirchenrathe aber nicht, in Guben ist er im Amt, für ein Berliner Pfarramt ist er nicht möglich? (Sehr gut! links.) Bei uns in Hannover steht die Sache noch ganz anders, dort handelt es sich um Dinge, die nicht lediglich kirchlicher Natur sind. Die evangelische Kirche in Hannover hat sich als streng lutherische entwickelt, und das dortige Kirchenregiment hat gesucht, diese immer mehr zu separiren von allen evangelischen Kirchenformen, nicht bloß der reformirten Kirche, sondern auch der Union gegenüber in allen ihren Theilen, besonders aber gegenüber der Union der evangelischen Landeskirche, wie sie im Staate Preußen durchgeführt ist. Meine Herren, ich nehme keinen Anstand, dieses Verhältniß des Gegensatzes und der Verfeindung der dortigen Geistlichkeit gegenüber der preussischen Union zum Ausdruck zu bringen. Ich erkläre ausdrücklich: Die Mehrzahl, die leitenden und maßgebenden Personen in der dortigen lutherischen Kirche sind dem preussischen Staate feindlich, weil er die Union durchgeführt hat, und letztere halten sie jetzt doppelt, weil es eine preussische Einrichtung ist. (Auf: Hah!) Diese Kreise sind mit ihrer kirchlichen Abneigung gegen die Union die stärksten und bittersten, ja unter Umständen die fanatischsten Feinde gegen alles preussische Staatswesen, die überhaupt in der Provinz Hannover bestehen. (Hört! Hört!) Abgesehen von diesen mehr politischen Erscheinungen, kann es doch auf rein kirchlichem Gebiet unmöglich gebildet werden, daß in solcher Weise das Kirchenregiment verwaltet wird, wie es in dem Wesenmeyer'schen Falle in Dsnabrück zum Vorschein gekommen ist. Ich behaupte doppelt, daß der Abgeordnete für Dsnabrück Miquel nicht anwesend ist, er würde diesen Fall besser illustriren können. In Dsnabrück hat die evangelisch-lutherische Kirche einen sehr schweren Stand gegenüber der katholischen Kirche im Stadterfährthum, wenn irgendwo, so sind hier die verschiedensten evangelischen Richtun-

gen auf ein einträchtiges Zusammenwirken angewiesen. In dieser Richtung haben auch der Magistrat und die einsichtigen Bürger seit Jahren gewirkt. So ist an der Kirche, wo Herr Wesenmeyer ist, ausdrücklich unter der Vermittlung des Herrn Miquel, wenn ich nicht irre, ein orthodoxer Geistlicher gewählt worden, trotzdem die maßgebenden Personen meistens der freieren Richtung angehörten. Dies geschah des Friedens willen, damit auch die mehr zur orthodoxen Richtung Sinnigenden in der Seelsorge und im Presbiterat ihre Befriedigung finden. Ich möchte nun dem Landesconsistorium nicht gern nahe treten, aber ich behaupte doch, daß der Umstand, daß Wesenmeyer ein Mitglied der badischen unirten Kirche gewesen ist, der eigentliche Grund war, weshalb man ihn zurückgewiesen hat, daß man ihn zum Colloquium forderte und ihn durch allerlei Suggestivfragen und Manipulationen dahin brachte, zu sagen: hier ist eine Richtung, die nicht mehr ganz stimmt mit der dogmatischen Formulirung des 17. Jahrhunderts. Kurz, man wollte kein Mitglied der badisch-unirten Kirche haben. Nun dürfte das Consistorium in Folge eines Rescripts von 1875 diesen Grund nicht als entscheidenden bezeichnen und deshalb stellte es das Colloquium an mit dem Resultate der Nicht-Rechthabigkeit. Es handelt sich bei solchen Vorgängen, wie sie vereinzelt ja auch hier in Berlin vorgekommen sind, um Erscheinungen allgemeiner Art, um gefährliche Vorgänge im Volksleben, und die Vertreter eines großen Landes wie Preußen haben wohl die Verpflichtung, auf solche Dinge ein wachsames Auge zu werfen. Der Deutsche kann nicht vom Brot allein leben, er hat auch vor Allem ideale Bedürfnisse des innern, religiösen Lebens. Das Ideale spielt beim Deutschen eine viel größere Rolle — das können wir zu unserer Ehre dreist behaupten — als bei irgend einem anderen Volke. Die idealen Bestrebungen anderer politischer Art, das Ziel nach dem nationalen Staat und verfassungsmäßigen Einrichtungen hat die vorige Generation gehabt und dies ist erreicht. Hier handelt es sich darum, dies zu befestigen und im Einzelnen auszubauen. Wir können uns also nicht wundern, daß diese ideale Begeisterung unserer Eltern nicht mehr vorhanden ist, die Menschen politisch nüchterner geworden und die politischen Bestrebungen mehr auf das Nützliche und das Materielle gerichtet sind. Um so mehr muß der ganze ideale und innere Drang sich jetzt auf anderen Gebieten betätigen und da wäre es denn wirklich eine große Aufgabe in dieser Zeit, wenn eine wirklich wissenschaftliche Theologie, ein wissenschaftliches Kirchenregiment sich bildete, welche es verstanden, den Menschen bei seinem Innern zu fassen, diese idealen Bestrebungen bei den einzelnen Menschen stark und kräftig herbertreten zu lassen, und darauf die Kirche auszubauen in allen ihren Formen auf einer weiten, allumfassenden Unterlage. Das wäre eine sehr dankenswerthe Aufgabe. In einer Zeit, in der so Mancher Schiffbruch gelitten hat, Ueberfälschung auf der einen Seite, Noth und Sorge auf der anderen kämpfen und den Menschen auf höhere Dinge hinweisen, wo die antwortenden Parteien bei uns so übermächtig geworden sind und an den Grundlagen des Staates und der Kirche rütteln, da wäre es eine würdige Aufgabe, gerade für das evangelische Kirchenregiment, den Menschen geistig und innerlich zu erheben. Sie gab es ein ähnliches Feld für eine weitherzige und weitmussende theologische und kirchliche Thätigkeit. Da müssen wir es erleben — es ist ein wahres Verhängniß — daß wir dieselben theologischen Zäsuren, die im 17. Jahrhundert das Schicksal der Reformation in solchem Maße gefährdet haben, jetzt wieder aufleben sehen in einer Weise unter uns Deutschen, wie man es gar nicht für möglich halten sollte: Streitigkeiten zwischen Reformirten und Lutheranern wie im Kirchenregiment von Hannover, zwischen Orthodoxen und Männern der mittleren und freieren Richtung, während alle sich bestreben sollten, auf dem gemeinsamen weiten Boden des Werthvolles und Heilsame des Evangeliums auszugestalten und den Menschen nahe zu bringen. Ja, es ist ein wahres Verhängniß, analog dem 16. Jahrhundert, daß das auf deutsch-evangelischem Boden vor sich geht, während die katholische Kirche in einer Weise sich einheitlich zusammengefaßt und ausgestaltet hat, wie das noch niemals dagesehen ist. Wir haben häufig den gallianisch-französischen und den bischöflichen Deutschlands Vorwürfe darüber gemacht, daß sie sich 1870 dem Unfehlbarkeitsdogma unterworfen haben; aber das Eine muß man doch an ihnen achten; sie haben es gethan in dem großen Gedanken der Einheitlichkeit und Macht der katholischen Kirche. Das ist auch eine große Idee, für die es werth ist, thätig zu sein. Und während nun die katholische Kirche in ihrem Haupt stärker und mächtiger nach Außen da steht, als je zuvor, da zerplittert sich das evangelische Wesen in Deutschland wie nur jemals in den traurigsten Zeiten des 17. Jahrhunderts. Hand ist gegen Hand aufgerichtet, eine Partei kämpft gegen die andere — auf dem Wege werden wir trotz Synodalverfassung und trotz freier Stellung der Kirche in dieser Vereinzelung und Absonderung nicht zu einem wirklich geistlichen Fortgang der evangelischen Kirche, namentlich nicht zu einer einheitlichen, mächtigen Stellung derselben gegenüber anderen Weltmächten kommen. — Dem Cultusminister kann ich nicht den geringsten Vorwurf machen. Ich weiß nicht einmal, ob er die Verurteilung ausgesprochen hat in der Disciplinargelegenheit, die andere ist überhaupt noch nicht an ihn gebracht. Es liegt mir auch sehr fern, an ihn irgend eine Aufforderung zu richten, er stehe den Sachen in seiner amtlichen Thätigkeit nahe und seinem aufmerksamen Auge werden sie nicht entgangen sein. Am wenigsten möchte ich mich mit dem Gedanken befremden, den Einzelne in ihrer Erbitterung über die Vorgänge in Dsnabrück ausgesprochen haben, den Cultusminister zu einer Purification des Landesconsistoriums aufzufordern, selbst wenn die juristischen Handhaben dazu vorhanden wären und ganz abgesehen davon, daß ich in diesen Dingen ganz anderer Meinung bin, wie er. Wo Purification anfängt, weiß man viel leicht; wo sie aufhört, weiß man nicht. Sie ist auch überhaupt nicht der geeignete Weg, um Ordnung in solche Dinge zu bringen. Wenn in diesen oder anderen kirchenregimentlichen Stellen Bazillen eingetreten, dann wird der Minister, wie es seine amtliche Pflicht ist, nur Männer berufen, die dazu geeignet sind, nicht Kirchen zu zerstören, sondern aufzubauen, die richtigen Männer, auch den kirchlichen Frieden aufzubauen, aber zu einer Purification möchte ich ihn nicht veranlassen. Mögen meine Freunde in Dsnabrück auch bedenken, daß solche Erscheinungen, wie die hier zur Sprache gebrachten, zum Theil mit der freieren Gestaltung der evangelischen Kirche zusammenhängen und daß man mit den Vortheilen, auch ihre Nachteile binnehmen muß. In den politischen Versammlungen sind wir schon lange daran gewöhnt, daß liberale Minderheiten conservativen Mehrheiten ertragen müssen und umgekehrt und so wird es in den kirchlichen Versammlungen und Synoden auch öfters sein. Diese Dinge wechseln, auch in Hannover wird in Folge solcher Vorgänge wieder einmal ein Wechsel eintreten. Jetzt unterstützt der Synodalausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Brühl die Stellung und Auffassung des Landesconsistoriums, und treibt es vielleicht sogar noch. Im Jahre 1866 wollte man mit List oder Gewalt einen neuen, sehr stark katholischen Reichthum in die lutherischen Gemeinden anfrängen, die Erbitterung darüber führte zu Tumulten in der Stadt Hannover, deren die Polizei nur mit Mühe Herr wurde. Zwei der hervorragendsten Geistlichen, von denen der eine noch jetzt ein angesehenes Mitglied im Kirchenregiment ist, mußten damals aus der Stadt flüchten. Die Erbitterung über das einseitige bureaukratische Vorgehen des Kirchenregiments, in welchem lediglich die hyperorthodoxe Partei vertreten war, führte zur Synodalverfassung, die als ein Friedenswerk dazu bestimmt war, auf dem Boden der lutherischen Kirche den verschiedenen Richtungen gerecht zu werden und auch von den Vertretern der verschiedensten Richtungen einstimmig angenommen worden ist. Sie trug andere Früchte, weil die Katastrophe von 1866 den natürlichen Entwicklungsgang auf kirchlichem Boden gestört hat. Meine Freunde müssen sich damit trösten, daß wenn sie nach dem Beispiel des Magistrats und der Gemeinde von Dsnabrück für ihr Recht gegen ein einseitig, leidenschaftlich und engergig handelndes Kirchenregiment vorgehen, ein Umschwung eintreten und die ausschließliche Herrschaft einer Auffassung brechen wird, deren Blüthen wir leider kennen gelernt haben. (Beifall links.) Cultusminister von Puttkamer: Es ist außerordentlich schwer nach einem Redner, wie Herr v. Bennigsen, der in so hohem Maße das Wort des Hauses besitzt, in einer Frage das Wort zu nehmen, für welche er



der ganzen Autorität seines Namens und seiner Person eintritt, und ich gestehe offen, ich würde gern einer Discussion mit ihm über die von ihm berührte Frage aus dem Wege gegangen sein, wenn mir nicht einige seiner Ausführungen dies absolut unmöglich machten. Von vornherein will ich nicht zu bemerken unterlassen, daß ich die allgemeinen Ausführungen des Herrn Abgeordneten nur mit großem Vorbehalt meinerseits würde acceptiren können. (Hört!) Wenn er von der Nothwendigkeit gesprochen hat, dem deutschen Volke seinen idealen Sinn zu erhalten, beziehungsweise da, wo er ihm verloren gegangen ist, ihn wieder zu gewinnen, so unterschreibe ich das aus voller Seele. Ob aber zur Erreichung dieses Zieles die Auflösung der festen kirchlichen Bekenntnisse der richtige Weg ist, das ist mir nicht nur sehr zweifelhaft, sondern das bestreite ich in der entscheidenden Weise. (Beifall rechts.) Ich möchte mich gern mit Herrn von Bennigsen auf dem Boden begegnen, daß wir gemeinsam anerkennen, daß die wahre Idealität einer Nation sowohl wie des Individuums nur erwachsen kann auf dem Grunde eines klaren, lauten, christlichen Bekenntnisses. (Beifall rechts.) Einige Ausführungen desselben würden in ihrer vielleicht nicht beabsichtigten Consequenz dahin führen, daß wir an die Stelle verschiedener, aber doch schließlich auf einem Grunde des Heils zusammenstreichenden christlichen Bekenntnisse eine verschwommene Humanitätsansicht setzen würden (Sehnsucht Widerspruch links), die ich meinerseits nicht als die Grundlage des wahren christlichen Lebens anerkennen kann. Ich würde dem Hause diese Bemerkung nicht aufgebracht haben, wenn ich dazu nicht durch die Thatsache bestimmt würde, daß das, was hier auszuführen ich mich verpflichtet gehalten habe, in den Kreisen der evangelischen Kirche Preußens wohl sei Dank die überwiegende Meinung ist (Beifall rechts); dafür berufe ich mich auf die Verhandlungen der vorjährigen Generalsynode (Sehr gut! rechts), deren einmüthige Meinungsäußerung in dem Bekenntnisse des Evangeliums Christi gipfelte. Wenn Herr von Bennigsen unsere heutigen kirchlichen Kämpfe identificiren will mit den barocken Dingen aus dem 17. Jahrhundert, so ist das ein vollständiger Irrthum.

Es handelt sich heute nicht um kleine dogmatische Schnörkelchen, sondern darum, daß in der deutschen Nation leben und leben bleibe das Bekenntnis zum positiven Christenthum und zum Evangelium. Er hat mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er voraussetzt, ich würde die Dinge, welche er heute vorgebracht hat, so weit sie zu meinem Ressort gehören, nach meinem amtlichen Gewissen prüfen und entscheiden. Ich danke ihm dafür und versichere, daß das in vollem Maße geschehen wird. In einem andern Punkte werde ich mich wohl in einem erzielenden Einverständnis mit ihm befinden. Als im Jahre 1866 Preußen einige neue Provinzen erwarb, in welchen ein selbstständiges kirchliches Leben in verschiedener verfassungsmäßiger Gestalt erblüht war, hat sich seine Regierung die sehr ernste Frage vorgelegt, wie ihre Stellung zu diesen kirchlichen Gestaltungen sein müsse, und ich glaube, so sehr man auch einen kritischen Maßstab in die Art und Weise zu legen geneigt ist, wie Preußen die innere Assimilirung der neuen Provinzen betrieben hat, so wird doch darüber ein Einverständnis herrschen, daß die kirchlichen Fragen dort, rücksichtlich und den provinzialen Verhältnissen angemessen behandelt sind. Was die Provinz Hannover betrifft, so bin ich des Einverständnisses des Herrn von Bennigsen gewiß, daß in diesem Sinne die preussische Staatshoheit dort stets ausgetübt worden ist. Ich habe den festen Entschluß, diese Linie des kirchenpolitischen Verhältnisses in Hannover auf das Strengste innezuhalten. Das ist ein Moment, das mich bei jeder Einmischung in die inneren kirchlichen Verhältnisse jener Provinz vorzüglich, ja bedenklich macht. Allerdings ist es in den Gesichtskreis der preussischen Regierung gefallen, daß es gewisse kirchliche Strömungen, Stellungen und Parteien in der Provinz Hannover giebt, welche nicht im Stande sind, ihre kirchliche Stellung auszubilden gegenüber den politischen Verhältnissen und Sympathien. Diese Richtung erkennt die preussische Regierung als ihren Gegner an und sie wird von ihr stets bekämpft werden. Aber die preussische Regierung hat auch niemals in dieser Beziehung irgend einen Schwanken gezeigt, und so lange ich dieses Amt führe, glaube ich bewiesen zu haben, daß ich in der Provinz Hannover jener Richtung nicht nur keinen Vorstoß zu leisten gesonnen, sondern, wo ich kann, ihr entgegen zu treten entschlossen bin. Das wird sich namentlich bei der Besetzung kirchenregimentlicher Aemter zeigen müssen. Ich glaube, die Ernennungen, welche unter meiner Contrasignatur in der letzten Zeit erfolgt sind, werden Herrn v. Bennigsen und seinen Freunden jedenfalls die Verabgung gewähren, daß Preußen nicht gesonnen ist, in der Provinz Hannover mit einer kirchlichen Richtung sich zu identificiren, welche die innere Zusammengehörigkeit dieser Provinz mit der Monarchie, wenn auch nicht äußerlich, so doch innerlich vermeint. (Beifall.)

Abg. Bräuel: Nach den Äußerungen des Ministers hätte ich auf das Wort verzichten können, wenn nicht Herr v. Bennigsen schwere Angriffe auf gegen mich gerichtet hätte. Er hat die Sache so darzustellen gesucht, als ob es sich um eine politische Frage handelte, die zur Competenz dieses Hauses gehört. Seiner oft bewährten Geschicklichkeit ist dies aber nicht gelungen; immer, wie er hier, kann man kirchliche Angelegenheiten auf seiner Synode behandeln. Ich fürchte den kirchlichen Behörden nichts zu verbergen, wenn ich sie hier verantworte, obgleich sie dieser Versammlung in keiner Weise verantwortlich sind, ich möchte aber nicht, daß ein falsches Bild von der Angelegenheit ins Land geht. Daß die angeregten Vorgänge eine allgemeine Bedeutung haben, gebe ich zu. Es hat sich in Osnabrück seit mehreren Jahren ein Hauptiß des Protestantentums etablirt, und so kommt es, daß die heutige Rede v. Bennigsen's eigentlich nur eine oratio pro Protestantentum ist. Die politische Frage hat er willkürlich hineingezogen und hat Aufschuldigungen erhoben, die ebenso schwer wie unberechtigt sind. Was berechtigt Herrn v. Bennigsen, die kirchlichen Behörden der Leidenschaftlichkeit und politischen Motive zu beschuldigen. Warum hat er denn die Disciplinar-Untersuchung gegen Herrn Regula überhaupt vorgebracht, wenn er selbst zugeibt, daß man die Sache ihrer geistlichen Entscheidung überlassen könne? Herr Regula hatte Äußerungen gethan, die in weiten Kreisen, allerdings nicht in denen des Herrn v. Bennigsen, großes Aergerniß erregt haben. Es kam darauf an, diese Äußerungen durch die Disciplinar-Untersuchung festzustellen. Nun ist allerdings nicht das Stadt-Conseilium von Osnabrück, sondern das Landes-Conseilium mit der Untersuchung beauftragt worden. Daß das formell berechtigt war, hat Herr v. Bennigsen selbst zugegeben, es ist aber auch materiell berechtigt, denn das Osnabrücker Stadt-Conseilium ist eine Caricatur, die man längst wo anders beseitigt hätte. Die Geistlichen, die in demselben sitzen, sind überdies als Zeugen an der Angelegenheit betheiligt, es war also völlig gerechtfertigt, die Untersuchung diesem Consistorium nicht zu übertragen. Nun handelte es sich um die Rechtgläubigkeit Weesemeyers. Nach dem Gesetz entscheidet über die canonischen Eigenschaften eines Gewählten die geistliche Behörde allein, selbst der König könnte an einer solchen Entscheidung nichts ändern.

Nach der Synodalordnung entscheidet über die Rechtgläubigkeit eines Geistlichen das Consistorium mit dem Synodalausschuß gemeinschaftlich. Vor diesem Collegium fand das Colloquium statt; von einem Protokoll wurde Abstand genommen, da man mit einem solchen, welches doch immer mangelhaft bleibt, schlechte Erfahrungen gemacht hat. (Aha!) Es wurde aber ein genaues Notat aufgenommen, welches natürlich nicht von dem Colloquienten unterzeichnet wurde. Das Colloquium urtheilt ja auch nicht nach den schriftlichen Aufzeichnungen, sondern nach dem, was es hört. Sein Spruch hat einfach zu lauten: Ist der Betreffende rechtgläubig oder nicht? Die Antwort lautete in diesem Falle: „Nein“. Eine Begründung seines Urtheils hat das Collegium eben so wenig abzugeben, als ein Geschworenengericht. Dieses Urtheil hat das Consistorium dem Magistrat mitgetheilt und hat aus eigenem Ermeßsen hinzugefügt, daß die Stellung Weesemeyers in der badischen Landeskirche auch seine Anstellung hindere. Ich weiß, daß in Bezug auf die Beurtheilung der Stellung zur badischen Union die Herren Conserbativen, die auf einem positiven christlichen Standpunkt stehen, anders urtheilen, als Jemand, der zu der festgeschlossenen lutherischen Kirche gehört. Diese kann Niemanden zulassen, der zur badischen Union gehört; es handelt sich dabei nicht um ein subjectives Urtheil, sondern um eine objective Bestimmung der lutherischen Kirche. Herr von Bennigsen hat wahrscheinlich, um an eine höhere Stelle zu appelliren, eine allerhöchste Entscheidung angefordert, die in der Zugehörigkeit zur Union kein Hinderniß der Anstellung eines Geistlichen in der hannoverschen Landeskirche erblickt. Diese allerhöchste Entscheidung bezieht sich aber nicht auf eine Anstellung, sondern auf die Aufnahme in einen Wahlausschuß, Sie trifft also hier nicht zu. Die Behauptung, daß das Collegium nach anderen Gründen gesucht habe, weise ich mit Entrüstung zurück. Woher will denn Herr von Bennigsen das wissen? Er stellt sich auf den Standpunkt des Protestantentums, den er als den allein berechtigten ansieht. Ich will hier sagen, daß die Sache, um die es sich im Colloquium handelte, die Frage nach der Person unseres Herrn Jesus Christus gewesen ist, durch deren Verantwortung Herr Weesemeyer vom Collegium für nicht rechtgläubig erkannt wurde. Die hannoversche Kirchenbehörde ist eben nicht gesonnen, die alte, auf festem Bekenntnisgrunde beruhende lutherische Kirche ihren zu lassen.

Abg. Windthorst: Nach den lichtvollen Darlegungen des Vorredners hätte ich schweigen können, ich will aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne energisch zu protestiren, daß man solche innere Angelegenheiten der evangelischen Kirche vor dieses Haus bringt. Wohin sollen wir

kommen, wenn wir hier abstimmen sollen, ob eine Kirchenbehörde, die innerhalb ihrer Competenz gehandelt hat, recht entschieden habe oder nicht. Ich habe auch stets dagegen protestirt, daß man sich in innere Angelegenheiten der katholischen Kirche mische. Wir werden nie dulden, daß hier das Bekenntniß einer Kirche discutirt werde. Es hat in Osnabrück keine Noth, daß die Protestanten von den Katholiken majorisirt werden. Ich war erst kürzlich in Osnabrück, habe aber von der allgemeinen Entrüstung, die Herr von Bennigsen behauptet, nichts bemerkt. Die politischen Einschüßel hat Herr von Bennigsen wohl nur gemacht, um die Angelegenheit an gewissen Stellen schmächthafter zu machen; er hat seinen Zweck befehlt; er täusche sich nicht, das positive Christenthum macht große Fortschritte und die protestantenvereinigten Bestrebungen sind in der Ebe, und sie würden es noch mehr sein, wenn von Seiten der Regierung dem Volksbewußtsein mehr zu Hilfe gekommen würde. Herr von Bennigsen hat Fiasco gemacht; die Aufgabe, die er der christlichen Kirche in der Volkserziehung stellt, könnte er auch auf die griechischen Philosophen begründen. Einige erleuchtete Geister wird er damit vielleicht um sich verammeln, das Volk aber nicht. Ich wünschte, daß er alle Tage seine Ideen hier ausführe, es würde dazu beitragen, seine Stellung zu kennzeichnen; entdeckt sind die Wege schon, auf denen er wandelt. Er hat auch eine Excursion auf das Gebiet der katholischen Kirche gemacht und räumt, daß die Bischöfe der Nachstellung der Kirche ihre Ueberzeugung geopfert hätten. Hier zeigt Herr von Bennigsen seine rein weltliche Auffassung der katholischen Kirche. Es handelt sich in der katholischen Kirche nicht um äußere Macht. (Lachen links.) Die Bischöfe haben sich dem Beschlusse des Concils unterworfen, weil es die Wahrheit repräsentirt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Stroffer: Auch ich protestire dagegen, daß hier innere Angelegenheiten der Kirche zur Sprache gebracht werden; dieses Verfahren scheint mir um so feltamer als hier im Hause Juden, Lutheraner, Unitäre, Reformirte, Katholiken sitzen und Ungläubige aller Art. (Seiterle.) Es wundern mich, daß ein sonst so klarer Kopf, wie Herr von Bennigsen das thun konnte. Wunderbar ist es auch, daß er den Fall des Herrn Regula zur Sprache bringt, obgleich er selbst meint, es würde nichts dabei herauskommen und der Rechtsweg stünde noch offen. Was Herrn Weesemeyer betrifft, so ist sicher der protestantenvereinte Herr von Bennigsen nicht competent, zu beurtheilen, was in der hannoverschen Landeskirche rechtgläubig ist oder nicht. Wenn er in ein Colloquium verwickelt würde, so würde er sicher auch nicht bestehen. (Seiterle rechts.) Hannover hat eine abgeschlossene Kirchenverfassung. Sie selbst (links) haben die alte Consistorial-Verfassung dort mit der Synodalverfassung verbunden. Ihr Abgott ist ja sonst immer die Majorität. Sie müssen sich derselben also doch auch selbst fügen. Herr von Bennigsen hat auch die Verdächtigung ausgesprochen, daß politische Motive bei dem Falle mitspielen. Ich möchte ihn daran erinnern, Niemandem Motive unterzujubeln, die derselbe nicht selbst ausgesprochen hat. Nicht die Verdammung der Reformirten unterscheidet die badische Union von der lutherischen Kirche, sondern daß in ihr sämtliche Bekenntnis-Unterschiede zwischen den Reformirten und Lutheranern vermischt sind; sie ist eine Bekenntnisunion, was die preussische nicht ist. Nun beruft sich Herr Weesemeyer auf den Professor Beyschlag, der ähnliche Ansichten lehre wie er selbst. Es giebt eine große Zahl von Theologen, die von der lutherischen Kirche keine Abnung haben. (Rufe: Aber Stroffer hat eine!)

Prof. Beyschlag ist für positiv gläubige Christen keine Autorität; wen er empfiehlt, der ist verdächtig. Die angeblich wissenschaftlichen Theologen haben vielfach das Bekenntniß ruinirt. Wissenschaftlichkeit und Philosophie sind zum Glauben nicht nothwendig, die ersten Apostel waren schlichte Männer, Fischer. (Rufe: Paulus!) Paulus war ein Teppichmacher und beschästigte sich allerdings mit Philosophie. (Aha!) Ja, er war anders als die jetzigen Teppichmacher. Daß die sich nicht mit gelehrten Fragen beschästigen, daran ist Ihre Gewerbeordnung schuld. (Gelächter.) Selbstamt ist auch, daß Herr von Bennigsen die Katholiken als Muster aufstellt; woher dann der achtjährige Culturkampf. Er findet es auch wunderbar, daß der Pfarrer Werner hier nicht bestätigt worden ist und in Guben doch im Amte bleibt. In Guben ist eben noch kein Protest gegen ihn erhoben worden und das Consistorium ist nicht in der Lage, ihn dort zu entfernen. Wenn es nach meiner Ueberzeugung ginge, müßten solche ungläubige Elemente aus der Kirche heraus. Mit dem Herrn Minister befinde ich mich in so fern in Widerspruch, als für mich Herr v. Bennigsen wenigstens auf dem Gebiete der Kirche keine Autorität ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen: Die Äußerungen des letzten Redners würden mich nicht veranlassen, das Wort zu nehmen. (Sehr gut links.) Er bestreitet einfach, daß ich auf dem Boden der evangelischen Kirche stehe, und meint, solche Andersdenkenden müßten einfach aus dem Lande gejagt werden. Solche Dinge möge die Fraktion mit ihrem Gewissen abmachen. Ich glaube nicht, daß es die richtige Art ist, im politischen Leben kirchliche Ansichten zu fördern. Der Abg. Windthorst hat vielleicht viel öfter als ich innere kirchliche Angelegenheiten unnöthigerweise in die Debatte gezogen; er mag dies in der Nothwehr gethan haben. Ich habe doch aber in den beiden vorgetragenen Fällen die Erörterung aller dogmatischen Fragen sorgfältig vermieden und das Urtheil des Consistoriums über die Rechtgläubigkeit des Pfarrers Weesemeyer als definitiv entscheidend anerkannt. — Ich habe die Sache nur zur Sprache gebracht wegen ihrer Verbindung mit anderen Erscheinungen des kirchlichen Lebens, der Art der Leitung des Kirchenregiments namentlich in Hannover, die ich auf dem Boden der evangelischen Kirche nicht für berechtigt halte.

Die Fürsorge des Kirchenregiments soll allen Parteien gegenüber gleichmäßig walten. Daß diese Frage nicht unpolitisch ist, haben wohl auch die Äußerungen des Ministers bewiesen. Der Abgeordnete Windthorst, der, so geistreich er sonst ist, in Ermangelung besserer Gründe den Protestantentum zu Tode gehetzt hat, wird nicht behaupten, daß der Minister ein Förderer des Protestantentums sei. Ich freue mich, daß er bestätigt, daß für die Herstellung des Friedens und eine dauerhafte Vereinigung der Provinz Hannover mit Preußen die Auffassung des dortigen Kirchenregiments bei vielen Geistlichen eines der schwersten Hindernisse ist, weil gerade die Feindschaft gegen die Union dort sehr mit der Politik verquickt ist. Der Abg. Bräuel kann in meiner subjectiven Aeußerung über das Verhalten des Consistoriums keine Verdächtigung finden, wenn er selbst zugeibt, daß nach seiner Auffassung von der Union ein Mitglied der badischen Union als hannoverscher Geistlicher unzulässig sei, und herüber das Consistorium allein ohne Rücksicht auf die frühere königliche Entscheidung zu beschließen habe. Wozu hat man denn überhaupt noch ein Colloquium herbeigeführt? Die Colloquienten konnten doch nicht mehr unbefangen sein, wenn sie von vornherein sicher waren, daß sie den Betreffenden zurückweisen würden, und man nur noch äußere Hindernisse, vielleicht das Restrikt von 1875, umgehen wollte. Um den Protestantentum handelt es sich bei diesen hannoverschen Beschwerden gar nicht. Der Professor Beyschlag gehört dieser Richtung nicht an, aber auch ihn will der Abg. Stroffer aus der Kirche heraus haben. Es ist sehr bedauerlich, wie das Kirchenregiment in vielen Fällen gehandelt wird und hier Unterstützung findet von Männern, wie Herr Stroffer, die sich so sehr breit machen und schon öffentlich Kezgergerichte veranstalteten. Auf der engen Basis, auf welche diese Herren die evangelische Kirche stellen wollen, kann sie sich nicht erhalten, weder gegenüber der katholischen Kirche, noch gegenüber den Mächten, die den Staat und die Religion untergraben wollen. Wollen Sie einen festen Boden gewinnen, dann müssen Sie die Basis weiter greifen und allgemein in die Gemüther der evangelischen Christen hineingreifen. Dann wird es für die evangelische Kirche möglich sein, nach den inneren Kämpfen, die sie außerordentlich bedrohen, noch einmal einer glücklichen Entwicklung entgegen zu gehen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst bewahrt das Centrum gegen den Vorwurf, innerkirchliche Angelegenheiten ohne Noth zur Sprache gebracht zu haben; in innerkirchliche Angelegenheiten der evangelischen Kirche habe sich das Centrum nie gemischt. Dagegen seien die vom Abg. v. Bennigsen hier vorgebrachten beiden Fälle nur innere Angelegenheiten der hannoverschen Kirche. Der gegenüber dem berechtigten Vorgehen der staatlich anerkannten Behörden erhobene Tadel, daß sie das kirchenpolitische Leben gefährdeten, beweise, wie schwer es Herrn v. Bennigsen sei, Kirche und Staat auseinanderzubalten. Hiergegen müsse man rechtzeitig protestiren, damit nicht in der evangelischen Kirche dasselbe Unheil angeht, wie in der katholischen.

Abg. Götting: Ich bestreite Herrn Windthorst als einem Katholiken das Recht, darüber zu entscheiden, ob Bräuel oder von Bennigsen das innere Wesen der evangelischen Kirche richtig erfaßt haben. Er schlägt immer auf den Protestantentum, obwohl er so wenig, wie irgend einer der Herren, die gesprochen haben, den Protestantentum vollständig kennt und seine Prediger gehört hat. (Windthorst: Gelesen!) Um die ganze Literatur des Protestantentums zu studiren, kann Ihre Zeit gar nicht ausreichen. Sie müssen dem Protestantentum freundlich entgegenkommen, da er nach seinen Statuten ein friedliches Verhältniß zwischen den Confessionen haben will. Er ist aber auch ein Anhänger des Gemeindeprincips und das scheint der Grund des Mißfallens für Herrn Windthorst zu sein. Denn, wenn dieses Princip zur Geltung kommt und der kirchliche Sinn sich wieder entfaltet, wird die evangelische Kirche ein ganz anderes Bollwerk gegen die katholische Kirche sein, als sie es bei ihrer heutigen Confessorialverfassung ist. (Sehr wahr!) Auch darüber, ob der Protestantentumverein an Boden gewinnt oder

verliert, kann Herr Windthorst als Katholik kein Urtheil haben. Der Abg. Stroffer hält den Ausdruck der 11 Mitglieder des Landesconsistoriums für den der Majorität, während er nur eine Anebelung der großen Majorität, deren Wahlrecht man vernichtet, durch eine Minorität ist. In diesem Consistorium, das Alles, was nur einen wissenschaftlichen Namen hat, von sich weist, meint ein Jeder, er allein sei die rechtgläubige lutherische Kirche. Diese Geistesrichtung ist nicht bloß für den protestantischen, sondern überhaupt für den christlichen Geist und das kirchliche Leben gefährlich, da sie die Majorität der Kirche entfremdet.

Abg. Stroffer erklärt, daß er nie im Namen der Fraktion spreche, auch nicht gemeint habe, daß der Minister Stein den Professor Beyschlag aus der Kirche ausgestoßen haben würde, sondern nur den Pastor Werner. Wir beantragen keine Kezgergerichte, sondern behalten in der Kirche auch die Trennung bis zum Tage des jüngsten Gerichts (Lachen links) — da wird mancher nicht lachen — aber innerhalb des kirchlichen Regiments können wir keinen Mann dulden, der mit den fundamentalen Lehren der Kirche nicht übereinstimmt. (Beifall rechts.) Ich habe seit einer Reihe von Jahren die Berichte des Protestantentums aufmerksam gelesen; viel Falschmünzerei des Goldes der Kirche. (Unruhe links.)

Abg. Bräuel: Ich habe nicht gesagt, daß auch die andern Herren außer mir einen badischen Geistlichen als solchen zurückgewiesen hätten.

Abg. Windthorst: Meine Geschäfte erlauben mir wohl, den Protestantentumverein zu studiren. Es gehört zu meinen eigentlichen Geschäften, jede kirchliche Bewegung zu beobachten, da sie alle mit dem Culturkampf zusammenhängen.

Zu Cap. 112 Tit. 12 (Landesconsistorium zu Wiesbaden) bemerkt Abg. Thilenius: In meiner Heimath meinen viele Leute, daß die jüngst geschehene Besetzung des Consistoriums in Wiesbaden der „Auswirkung“ des Bekenntnisstandes der nassauischen Landeskirche nicht gerade förderlich sei. Ich erkenne das Ernennungsrecht des höchsten Bischofs vollkommen an, schließe mich aber den allgemeinen Ausführungen des Abg. v. Bennigsen an und bitte den Minister, ganz besonders die nassauischen kirchlichen Verhältnisse mit schonender Hand zu behandeln. Unsere Grundconstitution, die in einem fürstlichen Edict von 1817 niedergelegt ist, enthält gemäß dem Beschluß der Generalsynode zu Jostein den Grundsatz der vollkommenen inneren Glaubensfreiheit als unerschütterlichen Pfeiler der protestantischen Kirchen, deren Trennung nicht fordbauern soll. Ich bin nicht Mitglied des Protestantentums, stehe vielmehr auf einem sehr positiven Standpunkt. Aber eines geht mir über Alles, das ist die evangelische Geistesfreiheit. (Beifall.)

Eine große Anzahl von Rednern meldet sich zu Cap. 113 (evangelische Geistliche und Kirchen) zum Wort, bei welchem Anlaß die erwartete Erklärung des Abg. Stöder abgegeben wird.

Abg. Stöder: Ich benutze diese Gelegenheit, um eine Angelegenheit, welche seit geraumer Zeit dieses Haus beschäftigt, zur Klärung zu bringen. Der Abg. Jelle hat mich vor acht Tagen aufgefordert, ihm die bekannte Liste zu überreichen. Ich habe sie ihm damals versprochen. Unmittelbar darauf hat auch der Abg. Barfuss an mich hier im Hause einen Brief geschickt mit der Anfrage, ob ich ihm noch im Laufe des Tages dieses Schriftstück schicken könne. Ich habe das verneint und habe ihm versprochen, so bald als möglich, wie ich hoffte, noch im Laufe des nächsten Tages, die Liste zu schicken. Ich habe das nicht vermocht; aber am Montag Morgen habe ich durch einen meiner Fraktionsgenossen an den Abg. Jelle die Liste geben lassen, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Abg. Jelle von dieser Liste keinen öffentlichen Gebrauch mache. (Lachen links.) Sehr richtig! rechts.) Ja, darauf kam es bei dieser Gelegenheit auch durchaus nicht an, daß hier im Hause die Liste dieser Männer öffentlich genannt würde. Ich glaube, daß es nicht im Sinne des Hauses ist, daß hier gegen Unbekannte im Einzelnen Thatsachen vorgebracht werden, welche diese Männer nicht widerlegen können. Das wird viel besser auf anderem Wege und an anderen Orten verhandelt. Ich glaube aber doch, daß seit der letzten Zeit etwas dazwischen getreten ist, was mich veranlaßt, in dieser Sache auf meiner alten Linie stehen zu bleiben, aber doch gleichzeitig anders vorzugehen. Ich gebe hiermit folgende Erklärung ab: Als die Erklärung vom 14. November erschien, mußte es mit Recht ausfallen, daß unter derselben einige an dem Gründungstaumel der 70er Jahre hervorragend theilhabende Namen zu finden waren. Das wurde Veranlassung, nachzuforschen, wie viele an irgend welchen Gründungen jener Zeit theilhabende Personen sich der Erklärung angeschlossen haben. Es fand sich aus zuverlässigen Quellen — den Beilagen zum Handels-Register und den gedruckten Veröffentlichungen, welche den Börsenblättern jener Periode beilagen — daß mehr als ein Viertel der Unterzeichner irgendwie mit Gründungen verbunden waren. (Lachen links.)

Das habe ich durch meine Rede auf meine persönliche Verantwortlichkeit zum Ausdruck gebracht. Da die Form meines Ausdrucks die Mißdeutung gefunden hat, als hätte ich nur von schlimmen Gründungen gesprochen, so wiederhole ich, was ich bereits einmal gesagt habe, ehe ich dachte, daß ich in die Lage kommen würde, Personen zu nennen, — daß ich nicht Anderes habe sagen wollen, als dies: daß mehr als ein Viertel der Unterzeichner als Gründer, erste Zeichner, Aufsichtsräte, Directoren mit den Gründungen der siebenziger Jahre verknüpft sind. Ein stillschweigendes Verdict im einzelnen Falle habe ich bisher nicht abgegeben (Sehr wahr! rechts), vielmehr den Gesamtzustand jener Tage als einen Herzentanz um das goldene Kalb bezeichnet, an welchem die Einzelnen theilnahmen. Unter diesem Vorbehalt lege ich die Liste auf den Tisch des Hauses nieder. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Jelle: Ich kann es nur freudig begrüßen, daß Herr Stöder sich veranlaßt gefunden hat, in dieser Angelegenheit heute eine Erklärung abzugeben; denn in der That hat diese Angelegenheit seit den beinahe drei Wochen, in denen sie spielt, viel Staub aufgewirbelt, sowohl hier im Hause selbst, als bei den Unterzeichnern der Erklärung vom 14. November, als auch im Publikum draußen; ja es hat die Presse in der letzten Zeit fast täglich sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, namentlich die conservativen, und diese in einer Weise, daß sie den Unterzeichneten es geradezu in einer höhnischen Art zum Vorwurf machte, daß Niemand das Anerbieten des Herrn Stöder, die Liste privatim mittheilen zu wollen, benutze. Unter diesen Umständen blieb nichts übrig, als daß die Unterzeichner — einer derselben bin ich selber — den Abg. Stöder beim Worte zu nehmen versuchten. Nun ist heute eine Erklärung gekommen, die, wie ich meine, die Unterzeichner nicht befriedigen kann. Es wird zwar von Herrn Stöder eine Abmilderung dessen, was er gesagt hat, versucht; aber dies ist derselbe Versuch, den wir schon öfter bei demselben Herrn erlebt haben. Er greift hart an, schlägt scharf drein und wenn sich Einer beklagt, meint er, daß er nur in christlicher Liebe den Anderen getreulich habe und „dies Kind, kein Engel ist so rein...“ Nun heißt es in der damaligen Rede des Herrn Stöder, unter den Unterzeichnern befänden sich ein Viertel, die in jenen Jahren ein, zwei, ja ein Duzend mal theilgenommen hätten an dem „Herzentanz um das goldene Kalb“. Das wird jetzt als eine Art Tadel erklärt, in dem die ganze Welt befangen gewesen sei, so daß die Einzelnen eine so bedeutende Schuld nicht haben. Ferner wird ausgesprochen, daß nicht überall von schlimmen Gründungen, sondern vielfach auch von Gründungen der unschuldigen Natur die Rede sei. Aber in derselben Sitzung hat Herr Stöder jene Worte noch weiter erläutert. Als er zur Nennung der Namen aufgefordert wurde, erklärte er: „Ich werde sie unter keinen Bedingungen nennen, um diese Personen nicht zu compromittiren.“

Ich meine, wenn ich den Namen eines Mannes verschwäge, weil ich ihn nicht compromittiren will, dann sage ich damit, daß er etwas moralisch Verwerfliches gethan hat. Derselbe Ausdruck kehrt nachher wieder, indem Herr Stöder auf die wiederholte Aufforderung erklärt, was er unterlasse, unterlasse er aus Schonung für Andere. Nachdem ich dies constatirt habe, muß ich gestehen, daß in der heutigen Erklärung des Herrn Stöder mir eine größere Klarheit besser begehrt haben würde. Weniger würde mir gewesen sein, und ich hätte erwartet, daß er etwa gesagt hätte: Ich nehme die in der Hitze der Debatte gemachte, als Beleidigung aufgefaßte Aeußerung hiermit zurück. Dann wäre die Sache begraben und alle Welt würde sagen: Jetzt ist auch Herr Stöder in den Augen des Publikums und der Unterzeichner gerechtfertigt. Ich lasse die Sache hiermit ruben und gebe jedem Unparteiischen anheim, die Thatsachen, die von beiden Seiten hierüber vorgebracht sind, zu prüfen und selber zu beurtheilen, wem Unrecht gethan ist, und wer Unrecht gethan hat. (Beifall links.)

Präsident v. Köller: Daß diese Angelegenheit genau zur Sache gehört, kann ich nicht finden. Indessen bei dem großen Interesse, das das Haus auf allen Seiten davon nimmt, habe ich geglaubt, ausnahmsweise den Gegenstand hier erörtern lassen zu sollen. Ich finde es nun aber auch in der Ordnung, daß die nachfolgenden Herren, welche zu dieser Angelegenheit sprechen wollen, daran nicht verhindert werden.

Abg. v. Ludwig: Der Abg. Delius wird mir bezeugen, daß ich mich zu dem vorliegenden Gegenstande zum Worte gemeldet und auf seine Aeußerung, Herr Stöder habe dies gleichfalls gethan, erklärt habe, diesem zwar die Priorität einräumen, auf das Wort aber nicht verzichten zu wollen. Ich bitte um Auskunft, warum mein Name bei der Verlesung der Rednerliste nicht genannt ist.



Schriftführer Abg. Delius erklärt, die Aeußerung des Vorredners, er wolle das Wort behalten, bei der Meldung nicht verstanden zu haben.

Abg. v. Ludwig: Dann bitte ich, an letzter Stelle meinen Namen einzufügen. Präsident v. Köller: Ich kann eine Aenderung der Rednerliste jetzt nicht mehr zulassen.

Abg. Strube (von rechts mit Unruhe empfangen): Ich danke Ihnen für die Ovation! (Unruhe rechts; Beifall links.) Ich habe zunächst den Conserbativen aufrichtig dafür zu danken, daß sie das Jhrige gethan haben, um die Frage auf dem correcten Wege zum Austrag zu bringen, denn ich glaube, daß in erster Linie die Fraktion der Abgeordneten Stöder auf diesen Weg verwies. An der Sache selbst bin ich so wenig beiläufig, daß ich auf das Wort hätte verzichten können, denn mir hat noch Niemand in den Zeitungen oder sonst wo gesagt, daß ich jemals an irgend einer Gründung theilgenommen hätte. Aber es ist mir eine Ehrenpflicht, für hochgeachtete und verdienstvolle Männer einzutreten, die in Gemeinschaft mit anderen angegriffen werden, so daß man sie nicht herausheulen kann, und die ihre Ehre hier nicht selbst verteidigen können. Ich habe mich damals gefragt, wie kann eine angemessene Lösung der ganzen Frage erfolgen? Ich mußte mir sagen, entweder der Abgeordnete Stöder entschließt sich zu erklären, daß er sich im Eifer der Discussion habe hinreißen lassen, Motive, unterzuschieben, zu denen er nach seiner Wissenschaft keine Berechtigung hatte, oder aber er erhebt voll und ganz, was er aus in Aussicht gestellt und legt uns die Liste vor, und zwar ohne Einschränkung. Die Einschränkung, die er heute vor Uebergabe der Liste gemacht hat, stellt ihn allerdings vor dem Richter etwas sicherer als früher; insofern war er nicht unvorsichtig. Ich kann aber nach dem, was er gethan, keine weitere Erklärung abgeben, sondern nur bei dem stehen bleiben, was ich dorthin entwickelt habe.

Abg. Kehler bringt die Pfarrwahl in der Jacobi-Gemeinde zu Berlin und die Nichtbefähigung des Pfarrers Werner zur Sprache und betont, daß das Vorgehen der oberen kirchlichen Behörden, insbesondere des Oberkirchenraths, dazu angethan sei, das Wahlrecht der Gemeinden bössig illusorisch zu machen. Er glaube, daß eine Kirchengemeinde, die so in ihren heiligsten Rechten gekränkt werde, Anspruch darauf habe, daß ihre Angelegenheit vor das Forum dieses Hauses gezogen werde. Die evangelische Kirche stehe mitten in der Welt und habe die Aufgabe, bessernd auf diese zu wirken. Deshalb bitte er, dazu zu helfen, daß hier der Friede nicht gestört werde, daß man einer Kirchengemeinde nicht ihr wohl-erworbenes Recht nehme, sondern daß in dieser Hinsicht überall gleiches Recht und gleicher Wind vorhanden sei. In unserer Zeit drücke in besonderer Weise die erhabene Richtung der Kirche auf die liberale; diesem Druck entgegenzutreten, sei die Aufgabe des Protestantismus. Der Minister habe von einer verschwommenen Humanität gesprochen. Demgegenüber und gegenüber den Angriffen, die der Protestantismus sonst auszuheben habe, erkläre er, daß der letztere nichts Anderes lehre und beziehe, als das Christentum, wie es durch die Evangelien und die Apostel überliefert sei. Freilich stelle der Protestantismus das Wort der Schrift höher, als die Vernunft; in dessen sei er kein Verein ungläubiger, sondern gläubiger Christen, dessen unüberdies Ziel in der fetten Begründung der evangelischen Kirche bestesse. Die weltweisen Verleugungen der Vernunft im 17. Jahrhundert hätten der Kirche den größten Schaden zugefügt: dies sollte daher eine Mahnung sein! Dem Abg. Windthorst erkläre er, daß er persönlich die Folgen des Kulturkampfes auf das Lebhafteste bedauere, besonders weil dieselben meistens Unschuldige trafen; er werde deshalb an den von Windthorst angelobten Gesandten mit voller Unbefangenheit herantreten. Er, Kehler, stehe auf dem Standpunkt der Gewissensfreiheit und wolle, was er für sich verlange, auch Anderen eingeräumt wissen. Wenn es möglich sei, ohne Gefährdung der Sicherheit des Staates zur Beendigung der kirchlichen Wirren beizutragen, dann wolle er dazu mitwirken.

Abg. Barilius: Als der Abg. Stöder seine Behauptung aufstellte, mehr als ein Viertel der Unterzeichner jener bekannten Erklärung habe sich an dem Herantanz um das goldene Kalb beiläufig, so bezog er sich ausdrücklich, wie der stenographische Bericht ergibt — auf Gründungen aus dem Jahre 1873 und 1874. Als ich ihn später um seine Liste der Gründer aus diesen Jahren ersuchte, ließ er in seiner Antwort die Beschränkung auf jene beiden Jahre fallen und sprach vortrefflich Weise im Allgemeinen von Gründern aus den 70er Jahren. (Lach: Hörl!) Wenn Herr Stöder denn heute die Sache so darstellt, als habe er mit dem Herantanz um das goldene Kalb nur ein ganz unschuldiges Tanzvergnügen gemeint, an dem sich jeder anständige und ehrenhafte Mann hätte betheiligen können, so steht diese Darstellung doch mit seinen früheren Aeußerungen in offenem Widerspruch, und Niemand im Lande wird an die Uebereinstimmung seiner heutigen mit seinen damaligen Bemerkungen glauben. Auf meine Forderung, mir die Liste zu geben, bin ich von Tag zu Tag hingehalten worden; am Montag hieß es, die Liste sei meinem Freunde Jelle zugestellt. Jetzt erfahre ich, daß Herr Jelle die Liste gar nicht wirklich erhalten, sondern, daß man sie ihm nur angeboten hat unter Bedingungen, die von ihm nicht angenommen wurden. Als der Abg. Ridert neulich auf die sogenannten Gründungen der Herren Kapp, Kieße und Werner-Siemens näher einging, welche in der Liste der „Landeszeitung“ genannt worden waren, erklärte Herr Stöder, daß die Liste der „Landeszeitung“ mit seiner eigenen nicht identisch sei. Soeben habe ich mich überzeugt, daß die Namen der genannten drei Herren nicht bloß in der Liste der „Landeszeitung“, sondern auch in der des Herrn Stöder selbst sich finden. Nach allem diesem glaube ich auszusprechen zu müssen, daß Herr Stöder aus diesen Debatten in den Augen des Landes nicht als ein wahrheitsliebender Mann hervorgehen wird. (Unruhe rechts.)

Abg. Gringmuth legt der Regierung die durch das Civilehegesetz in Aussicht gestellte baldige gesetzliche Regelung der Entscheidung der Geistlichen für den Ausfall der Stöckelbühren bringend an das Herz.

Geb. Rath Lucanus bittet den Vorredner, der Regierung das Vertrauen zu schenken, daß sie die Sache unerröthlich im Auge behalten und so bald als möglich eine entsprechende Vorlage machen werde.

Abg. v. Ludwig: Daß die Liste des Abg. Stöder mit derjenigen der „Landeszeitung“ in den meisten Punkten übereinstimmt, ist deshalb sehr bezeichnend, weil beide auf der actenmäßigen Darstellung des Gründerwesens von Otto Slagau beruhen. (Lach: Hört!) Der „Kulturkämpfer“ hat folglich nach Veröffentlichung der Erklärung gegen die Antisemitenbewegung die Namen derjenigen Unterzeichner, welche bei Gründungen betheiligt gewesen sind, mit ausführlicher Angabe dieser Gründungen abgedruckt. Eine Unterscheidung von moralischen und unmoralischen Gründern ist dabei allerdings nicht gemacht worden. Alle Gründungen hatten ausnahmslos den Zweck, die Betheiligten ohne Mühe schnell reich zu machen, und unter diesem Gesichtspunkte war eine Scheidung nicht notwendig. Die Thatsachen selbst, welche Otto Slagau anführt, sind unanfechtbar. Der Abg. Hammacher behauptete einmal in diesem Hause, daß alle Prozesse, welche er wegen Verleumdung und Verleumdung bezüglich der gegenüber ihm behaupteten Thatsachen angestrengt habe, zu einer Verurteilung des Verlegers geführt hätten. Im stenographischen Bericht fand sich nachher, daß Herr Hammacher das Wort „Verleumdungen“ ausgeschrieben hatte. Ich wiederhole deshalb, daß es bisher nicht gelungen ist, in den Angaben Slagaus auch nur die geringste Unrichtigkeit nachzuweisen. (Widerstand links.) Herr Ridert nimmt einzelne Personen aus der Liste heraus, um zu deduciren, daß dies wirklich unschuldige Lauben und kleine Kinder wären. (Weiteres.)

Ich bedauere, daß Herr Kieße nicht da ist, ich habe mir nur die Daten für ihn ausgezogen, weil ich glaube, er würde da sein, da es ihn so nahe angeht und da ich ihn am heutigen Morgen hier gesehen habe. Herr Ridert stellt es so dar, als habe Herr Kieße nur, um seinen Lebensunterhalt zu erlangen, Dienste bei der Deutschen Baugesellschaft angenommen und einige Arbeiten für die Hotelgesellschaft machen müssen. Nun, m. H., Herr Kieße war zu Beginn der Gründerjahre — es handelt sich um die Zeit seit Emancipation des Actiengesetzes und vor 1873 war der Hauptgeschäftsführer von Barmberg — durchaus kein armer Mann. Er war Oberbürgermeister in Königsberg und ich glaube, die Stadt Königsberg wird ihre Beamten erhalten und unterhalten; er zog es vor, seinen Posten niederzulegen und ging in den Dienst der Gründer. Ob er das gethan hat, um sich gewissermaßen aufzuspielen und schlechter zu fahren oder um besser zu fahren, das überlasse ich Ihnen. Die Bücher der betr. Gesellschaften, bei denen er war, werden ja noch genau die Gehälter aufweisen, die er bekommen hat, die verschiedenen Prämien, Tantiemen u. s. w. — Da mag Herr Ridert an der berühmte Staatsredner — herausrechnen, was Herr Kieße an Stelle seines Königsberger Gehaltes bezogen hat. Er war zunächst Director der „Deutschen Bau-Gesellschaft“ und ist es notorisch, und wenn Sie es nicht glauben, dann lesen Sie in Salings Vörsenpapiere von 1873, Theil 4 Seite 139. Da werden Sie finden, daß dort eine ganz gewaltige Majorität getrieben ist, daß die Actionäre ganz colossale Verluste gehabt haben; und es ist leider Thatsache, daß einer dieser Actionäre, ein Premierlieutenant a. D. Wising (Unruhe links) an öffentlicher Stelle mit blutrother Tinte eine Dittung auf die Wange des Herrn Kieße geschrieben hat. (Großer Lärm. Auf: Hui!) — Zur Ordnung! — Das ist eine Gemeinheit! — Glode des Präsidenten.)

Wenn man hier in langen Reden die Gründer verteidigen und diejenigen, welche in Bezug auf die Gründungen Klarheit schaffen, Lügner und Verleumder nennen darf, so glaube ich, wird es auch denen, die die Thatsachen

klarstellen wollen, unbenommen sein, Thatsachen zu nennen. Lesen Sie Salings Vörsenpapiere und die Cagau'schen Bücher, da werden Sie auch finden, welche bedeutenden Gehalte Herr Kieße hatte. Zweitens ist Herr Kieße Mitbegründer der Berliner Hotelgesellschaft. Er hat sich nicht nur, wie Ridert sagte, dabei nur beiläufig mit Anfertigung einiger Schriftsätze, sondern ist officiell Mitbegründer, wie Ihnen die Handelsregister nachweisen werden, wenn Sie sich die Mühe nehmen, nach dem Amtsgericht I zu gehen. Ferner ist er Aufsichtsrath des Berliner Bauvereins. Das Nähere darüber finden Sie bei Saling Theil III, Seite 48. Im Allgemeinen ist die Gründung so zweifelhafter Natur, als die Baugesellschaft. Man ließ sich in Dinge ein, denen man gar nicht gewachsen war, die man gar nicht in der Hand hatte; man jagte Gewinnen nach, die sehr fern lagen, vielleich möglich waren. Er ist ferner Aufsichtsrath der Sächsischen Eisenbahngesellschaft — was aus der geworden ist, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Er ist ferner Aufsichtsrath der Preussischen Immobilienbank — auch deren Schicksal weiß ich nicht. Aus alledem werden Sie ersehen, daß Herr Kieße doch wahrlich nicht der unschuldige Knabe ist, als den der Herr Ridert... (Große Unruhe. Der Präsident bittet den Redner, sich solcher Ausdrücke gegen Mitglieder des Hauses zu enthalten.) Im Vergleich zu den gegen uns gefallenen Ausdrücken: „Lügner, Verleumder, Feigling“, glaube ich, sind meine Ausdrücke noch sehr mäßig. (Große Unruhe. Präsident: Die Ausdrücke „Lügner, Verleumder, Feigling“ sind hier niemals gegen Mitglieder des Hauses gebraucht worden; wenn es geschehen wäre, hätte ich den Redner zur Ordnung gerufen.)

Ich will nicht Alles, was sonst in dieser Liste steht, berühren, weil ich nicht von Fremden sprechen will. Wie sehr aber ein großer Theil der Herren, welche jene bekannte Erklärung unterschrieben haben — sie werden die Notabeln der Stadt genannt — doch immerhin für jenes Actiennwesen und Gründerwesen, auch wenn sie nicht selbst Gründer waren, Sympathie hatten, das beweist Ihnen der Name des früheren Abgeordneten Jelle, dessen Thätigkeit bei der Emancipation des Actiengesetzes bekannt ist. Der Abgeordnete Ridert ist bekanntlich Besitzer der „Danziger Zeitung“, welche in der Schwindselperiode für dortige Gründungen recht mächtig ins Horn gestoßen hat, so zwar, daß darüber in der „Neuen Berliner Borsenzeitung“ förmlich Beschwerde geführt wurde. Außerdem finden Sie noch darunter den Namen des Dr. Förster, Directors der Berliner Sternwarte. Der Herr ist gewiß unschuldig, aber er ist ein Bruder der berühmten Gründer aus Grünberg in Schlesien; — Sie sehen, nach allen Richtungen hin gehen Strahlen aus, welche Verührung mit Gründern haben. Wer die Richtigkeit der Angaben dieser Liste anzeigt, kann auf dem hiesigen Amtsgericht die officiellen Documente einsehen. Aus alledem werden Sie ersehen, welche thatsächlichen Unrichtigkeiten Ihnen Herr Ridert wieder mit unschuldiger Miene und mit der stillschweigenden Entkräftung vorgetragen hat. Er ist in dieser Beziehung geradezu unübertrefflich. Aber welchen Schaden er damit im Lande anrichtet, das kann nur Jemand wissen, der mitten im Volk steht und die Urtheile darüber hört, daß es in der hohen Gesellschaft geuldet wird, daß derartige Leute eine Rolle spielen, wie es thatsächlich noch der Fall ist.

In meiner Jugend war es ein Axiom jeder anständigen Gesellschaft, wenn gegen ein Mitglied derselben ehrenrührige Gerüchte entständen, daß das Mitglied nichts Eiligeres zu thun hatte, als die Sache klar zu stellen und wenn er die Zeit verlor, so kamen die Directors sehr bald an ihn heran und forderten ihn auf, die Sache klar zu legen, und konnte oder wollte er es nicht, so wurde ihm die Thür gewiesen. Es herrscht leider, wie es scheint, nicht mehr diese Sitte; wenigstens in unsern Parlamenten wird man gezwungen, täglich mit Männern unter einem Dach zu sitzen, gegen die die schlimmsten Dinge vorliegen. (Stürmische Unterbrechung. Der Präsident ruft, nachdem er mit Mühe die Ruhe wieder hergestellt hat, den Redner zur Ordnung und droht, ihm bei weiteren Verlegungen der Ordnung das Wort zu entziehen.) Ich halte es für einen Grundfehler der Parlamente, daß überall der Schwerpunkt auf die Gesellschafterstellung gelegt wird. Ich meine die Prüfung der Personen auf ihre moralische Qualifikation ist weit wichtiger. Die besten Gesetze nützen uns nichts, wenn die Personen, die sie handhaben, nichts taugen. Das ist es, was ich sagen wollte.

Abg. Stroffer bittet die Regierung auf eine Verbesserung der Gehälter der Superintenden im nächsten Etat Bedacht zu nehmen.

Abg. Stöder bestritt, daß er zu seiner heutigen Erklärung durch seine Fraktion gedrängt worden sei. An seiner Aeußerung, daß den Erscheinungen der hiesigen Jahre ein allgemeiner Gründungsstau zu Grunde gelegen habe, halte er fest, und ein Gründungsstau sei das nicht — wie der Abg. Barilius meine — ein unschuldiges Tanzvergnügen.

Abg. Gringmuth: Der Abg. von Ludwig hat in seiner Rede auch den Namen eines unserer geschiesten Mitbürger, des Directors der hiesigen Sternwarte, Dr. Förster, mit hineingezogen. Man werde einem Manne, der den größten Theil seines Vermögens bei dem Unternehmen seines Bruders verloren habe, gewiß nicht den Vorwurf eines Gründers machen können. Ich muß deshalb gegen ein solches, allen parlamentarischen Sitten widersprechendes Auftreten protestiren.

Abg. Hammacher: Man unterscheidet zwischen „Verleumdungen“ im gewöhnlichen Sprachgebrauch, d. h. unwahren Behauptungen ehrenrühriger Thatsachen, und „Verleumdungen“ in rechtlichem Sinne, d. h. wissenschaftlich unwahren Behauptungen ehrenrühriger Thatsachen. Wenn ich früher ausgesprochen habe, daß alle meine Prozesse wegen Verleumdungen und Verleumdungen zu einer Verurteilung meiner Gegner geführt haben, so halte ich diese Behauptung insoweit aufrecht, als in allen Fällen geichtlich nachgewiesen worden ist, daß die gegen mich behaupteten Thatsachen unwahre gewesen sind, wenn es auch nicht immer möglich gewesen ist, den Nachweis zu führen, daß sie wissenschaftlich unwahr waren.

Abg. Strube: Ich weiß nicht, wie stark der Druck war, den die Conserbativen auf Herrn Stöder geübt haben, ob es ein moralischer oder ein persönlicher war. Das aber weiß ich bestimmt, und zwar aus Aeußerungen von Conserbativen, daß sie in der Beurtheilung des Herrn Stöder mit mir vollkommen einverstanden sind.

Abg. Ridert: Ich will nur constatiren, daß der Abg. v. Ludwig einen abweichenden Gesinnungsgenossen hier mit den schärfsten Vorwürfen verfolgt hat. Was mich persönlich betrifft, so sind meine neulichen Ausführungen erfolgt auf Grund von Mittheilungen der Herren, über die ich gesprochen habe. Mit dem Abg. v. Ludwig zu discutiren, wird man von mir nicht verlangen (sehr richtig! links), ich weise es weit von mir ab, die parlamentarische Discussion auf das Niveau mit herabbringen zu helfen, wie wir es heute gesehen haben. (Sehr laut! links; oho! rechts.)

Abg. v. Ludwig: Diese Verhänge, die Glaubwürdigkeit meiner Angaben in Zweifel zu ziehen, sind nichts als faule Fische. (Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Es ist unmöglich, die von mir angeführten Thatsachen, die auf officiellen Urkunden beruhen, umzustossen.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Titel des Stats genehmigt. Bei dem Capitel 115 (Katholische Bisthümer) wies Abg. Reichensperger (Ope) darauf hin, daß in dem kirchenpolitischen Gesetze des vorigen Jahres, welches diejenige Grenze bezeichnen sollte, bis zu welcher der Staat, ohne sich etwas zu vergeben, der Kirche entgegenkommen könne, dem Cultusminister die Berechtigung eingeräumt werde, die eingefallenen Staatsleistungen für einzelne Districte wieder aufzunehmen. Hieraus gehe hervor, daß das Sperrgesetz für den Staat nicht eine unabsehbare Forderung sei. Der Minister habe gefahren erklärt, daß er sich seiner Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Maaßregelung völlig bewußt sei, wenn dies der Fall sei, so möge er von rechtlichem und politischem Standpunkte aus einmal eingehend die Frage prüfen, ob angesichts der durch das Sperrgesetz geschaffenen Zustände die Aufrechterhaltung des letzteren sich in der That rechtfertigen lasse. Das Gesetz sei ein Ausnahmengesetz im schmalsten Sinne. Die Dotationen der katholischen Bisthümer seien nicht freiwillige Leistungen des Staates, sondern beruhen auf einer rechtlichen Verpflichtung. Staatsbeamten könnte man ihr Gehalt nur auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses, welches gegen das einzelne Individuum gerichtet sei, entziehen; hier habe man ganzen Kategorien von Geistlichen, die mit den Maaßregeln garnicht in Collision gekommen seien und gar nicht in Collision mit denselben kommen konnten, das Gehalt gesperrt. Die Beschlagnahme der Warendotalgüter habe die Regierung, nachdem durch Reichsgerichtsentscheidungen die Unrechtmäßigkeit festgestellt sei, wieder aufgehoben. Der Minister solle dem Kampfe gegen die katholische Kirche ein Ende machen, denn die Behandlung der Katholiken sei unerträglich; man bezeichne ihre Bisthümer als Revolutionäre. Wollte man dies zu einem Ehrenritzel erheben? Die Gefängnisse erhielten dem Volke jetzt schon als ehrenvolle Asyl. (Zustimmung im Centrum.) Ridert ergeht sich darauf in einer längeren Ausführung über den Geborham gegen die Staatsgesetze und den passiven Widerstand gegen dieselben.

Cultusminister v. Buttkamer will sich auf diese Frage nicht einlassen; die Motive, welche man dem Sperrgesetze untergelegt, seien nicht vorhanden gewesen. Die Regierung sei es der Würde des Staates schuldig, so lange ein solcher Conflict dauere, den Gegnern die eigenen Mittel aus Staatsfonds zu entziehen. Bei dem neuen kirchenpolitischen Gesetze habe sich die Regierung bemüht, die Befugnis zu erhalten, die Leistungen aus Staatsmitteln Einzelnen gegenüber wieder aufzunehmen.

Gerade aus den Reihen des Centrums wurde gegen diese Bestimmung Protest erhoben, weil sie ein Corruptionsmittel sei. (Sehr richtig im Centrum.) Es könne sich jetzt nur um die Wiederaufnahme der Leistungen für ganze Diöcesen handeln und die sei erst möglich, wenn es sich um einen Zustand handelt, der der Verübung und Verfallung viel näher sei als der jetzige.

Ein Veräußerungsantrag wird angenommen. Zur Geschäftsordnung erhält das Wort.

Abg. Kieße: Ich bin im Hause nicht anwesend gewesen und habe auch nicht erwartet, daß bei Gelegenheit des Cultussets ein persönlicher Angriff unerhörter Art auf mich gemacht werden würde. Ich war einige Stunden anwesend, habe mich aber entfernt, als ich den ruhigen Gang der Debatten sah. Die sachliche Antwort auf die Rede des Abg. v. Ludwig will ich mir bis morgen ersparen, wenn ich Einsicht von dem stenographischen Bericht genommen haben werde. Ich erkläre aber positiv, daß dasjenige, was Herr Ridert neulich vorgebracht hat, die reine Wahrheit ist. Sie können sich jeder Zeit an der Quelle erkundigen, ob das, was ich vortragen werde, sich mit der Wahrheit verhält. Ich kann nur bedauern, daß derjenige, der diesen Angriff gemacht hat, sich nicht vorher erkundigt hat, was in der That ein Leichtes gewesen wäre. Ich kann nicht umbin, schon jetzt meine tiefste Empörung über das auszusprechen, was hier geschehen ist. Wäre es nicht gerade dieser Herr, so wüßte man gar nicht, was man glauben sollte. (Sehr wahr! links.) Eins möchte ich noch berühren. Mit Herrn Wising, Sohn eines in den zwanziger Jahren eingewanderten Chinesen, als Lieutenant aus der Armee geschieden, habe ich in keinem anderen Verkehre gestanden, als daß er der von mir vertretenen Gesellschaft ein Hypothekendarlehen schulde, das ihm schon ein Jahr gestundet war, aber nicht weiter gestundet werden konnte. In Folge dessen wurde ein Substitutionsantrag gestellt, weshalb der Herr, als ich eines Tages aus dem Hause hier fortging, auf der Straße mir hinterücks einen Schlag versetzt hat. Ich machte dem Staatsanwalt Anzeige und habe am 28. September d. J. noch eine Vorladung im Untersuchungsverfahren gegen Wising erhalten. Der Termin ist aber aufgehoben, weil dieser Herr diesmal so wenig wie früher ausfindig gemacht werden konnte. Dies ist der Vorfall; so unangenehm derselbe auch ist, so werden Sie mir doch zugeben, daß deshalb kein Mafel an meiner Ehre haftet. (Beifall.)

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Statberatung.)

Δ Berlin, 10. Decbr. [Wahlerfolg der Fortschrittspartei.] Die Fortschrittspartei hatte bereits während der Abgeordnetenhausung hinreichende Nachrichten aus Allenburg, um den Sieg der fortschrittlichen Baumeisters Kämpfer über den altnationalliberalen Justizrath Große als gesichert zu erachten.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 10. Decbr. [Boulevard.] 3½ Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 119, 38. Türken 13, 10. Neue Egyptier 348, —. Banque ottomane —, —. Italiener 88, 25. Chemins —, —. Oester. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 96½. Spanier erster —, —, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose 42, 75. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —, —. Fest.

Frankfurt a. M., 10. Decbr. [Schluß-Course.] London Wechsel 20, 42. Pariser Wechsel 80, 65. Wiener Wechsel 171, 81. Köln-Mindener Stamm-Actien 148. Rheinische Stamm-actien 159½. Hessische Ludwigsbahn 96½. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130½. Reichsanleihe 100½. Reichsbank 147½. Darmstädter Bank 155. Meininger Bank 98. Oester.-Ungarische Bank 710, —. Creditactien\*) 249½. Silberrente 63½. Papierrente 63½. Goldrente 75. Ungarische Goldrente 94½. 1868er Loose 123½. 1864er Loose 306, 20. Ungarische Staatsloose 220, —. Ungar. Oskaba-Obligat. II. 85½. Böhmische Westbahn 216½. Elisabethbahn 177½. Nordwestbahn 163. Galizier 241½. Franzosen\*) 241½. Lombarden\*) 86½. Italiener —, —. 1877er Russen 92½. 1880er Russen 72. II. Orientanleihe 58½. Central-Pacific 111½. Vorbringer Eisenwerke —. Privat-Discount — pEt. Günstig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 250. Franzosen 241½. Galizier 242½. Lombarden —, —. Ungar. Goldrente —, —. 1880er Russen —, —. II. Orientanleihe —, —. III. Orientanleihe —, —. Oester.-Ungar. Bank —.

\*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 10. Decbr. [Schluß-Course.] Preuss. 4proc. Consols 100. Hamburger St.-B.-A. 123½. Silberrente 63. Oest. Goldrente 74½. Ung. Goldrente 94½. Credit-Actien 250½. 1868er Loose 123½. Franzosen 603. Lombarden 208. Italien. Rente 86½. 1877er Russen 92½. II. Orient-Anl. 56½. Vereinsbank 119. Laurabütte 119. Nordb. 168½. Commerzbank 122½. Anglo-deutsche 77. 5½ Amerikanische 94. Rhein-Eisenbahn 158½. oo. junge 152½. Berg-Märk. ds. 117½. Berlin-Hamburg ds. 231. Altona-Riel. ds. 158½. Discount 3½ pEt. Gold.

Silber in Barren per Kilogr. 153, 40 Br., 152, 90 Br.

Wechselnotirungen: London lang 20, 30 Br., 20, 24 Gd., London kurz 20, 43 Br., 20, 35 Gd., Amsterdam 167, 20 Br., 166, 60 Gd., Wien 171, 00 Br., 169, 00 Gd., Paris 80, 05 Br., 79, 65 Gd., Petersburger Wechsel 206, 50 Br., 202, 50 Gd.

Hamburg, 10. Decbr. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine matt. Roggen loco unverändert, auf Termine still. Weizen per Dec. 207 Br., 205 Gd., pr. April-Mai 215 Br., 214 Gd. Roggen pr. December 200 Br., 199 Gd., pr. April-Mai 193 Br., 192 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 56, pr. Mai 56. Spiritus still, per December 47½ Br., pr. Januar-Februar 47½ Br., pr. Februar-März 47½ Br., pr. April-Mai 47½ Br. Kaffee flau, geringer Umsatz. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 30 Br., 9, 10 Gd., pr. December 9, 10 Gd., pr. Januar-März 8, 50 Gd. — Wetter: Regenig.

Liverpool, 10. Decbr. [Woolmarkt.] (Anfangsbericht.) Wollmarktlicher Umsatz 10,000 Ballen. Frt. Tagesimport 18,000 Ballen amerikanische. Wollmarktlicher December-Januar-Lieferung 6½. D. Liverpool, 10. Decbr., Nachmittags. [Woolmarkt.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Wollmarktlicher Januar-Februar-Lieferung 6½, Februar-März-Lieferung 6½. D.

Liverpool, 10. Decbr. [Woolmarkt.] (Wochenbericht.) Wollmarktlicher 65,000 Ballen, desgl. von amerikanischen 51,000, desgl. für Speculation 4000, desgl. für Export 5000, desgl. für wirl. Conf. 56,000, desgl. unmittelbar ex Schiff 17,000, wirllicher Export 12,000, Import der Woche 98,000, davon amerikanische 87,000, Vorrath 453,000, davon amerikanische 343,000, schwimmend nach Großbritannien 291,000, davon amerikanische 275,000 Ballen.

Manchester, 10. Decbr., Nachm. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Micholls 9, 30r Water Sidlow 10, 30r Water Clayton 10½, 40r Water Napoll 10, 40r Water Winton 11½, 36r Water-cops Qualität Rowland 10½, 40r Double Weston 11½, 60r Double Weston 14, Printers 1½. 8½. 8½. 97½. Fest.

Petersburg, 10. Decbr., Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 24½, do. Hamburg 3 M. 210, do. Amsterdam 3 M. —, do. Paris 3 M. 260½, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (geft.) 225, do. de 1866 (geft.) 218½, Russ. Anl. de 1873 138, Russ. Anl. de 1877 143½, ½-Imperial 7, 95, Große Russ. Eisenbahnen 251½, Russ. Wollcredit-Anleihe 126½, II. Orient-Anleihe 90½, III. Orient-Anleihe 90½, Privatdiscount 6½ pEt.

Petersburg, 10. Decbr., Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 53, 50, pr. August 57, 00. Weizen loco 17, 50. Roggen loco 14, 40. Hafer loco 6, 00. Hauf loco 32, 40. Weinsaft (9 Pud) loco 17, 00. — Wetter: Milde.

Wien, 10. Decbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco Kaufkraft, auf Termine matter, schluplos, pr. Frühjahr 11, 70 Gd., 11, 75 Br., — Hafer pr. Frühjahr 6, 30 Gd., 6, 35 Br., — Mais pr. Mai-Juni 6, 12 Gd., 6, 17 Br. Roggen 12½. — Wetter: Windig.

Paris, 10. Decbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. Dec. 28, 60, pr. Januar 28, 30, pr. Januar-April 28, 30, pr. März-Juni 28, 00. Roggen ruhig, pr. December 22, 50, pr. März-Juni 22, 25. Wehl behauptet, pr. Dec. 64, 30, pr. Januar 62, 00, pr. Januar-April 61, 00, pr. März-Juni 60, 25. Rüböl behauptet, pr. December 74, 50, pr. Januar 74, 50, pr. Januar-April 75, 00, pr. Mai-August 75, 50. Spiritus, behauptet, pr. Decbr. 60, 50, pr. Januar 60, 50, pr. Januar-April 61, 00, pr. Mai-August 60, 50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 10. Decbr., Nachmittags. Rüböl 88 behauptet, loco 54, 25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. December 62, 50, pr. Januar 62, 80, pr. Jan.-April 63, 00.

London, 10. Decbr., Nachm. Savannazucker Nr. 12 23½. Matt.

Antwerpen, 10. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste träge.

Antwerpen, 10. Decbr., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25½ bez. und Br., pr. Januar 24½ bez., 25 Br., pr. Januar-März 23½ Br. Fest.



